

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

2 (3.5.1947)

DAS NEUE BADEN

ORGAN DER DEMOKRATISCHEN

PARTEI SÜD- UND MITTELBADENS

Nummer 2

LAHR (Schwarzwald), Samstag, 3. Mai 1947

R B

1. Jahrgang

Die Kampagne für die amerikanische Präsidentschaftswahl

Sucht Truman Anschluß an die Gewerkschaften?

Die amerikanische Präsidentschaftswahl, die in diesem Jahre durch die parteipolitische Konstellation in Senat und Repräsentantenhaus besondere Bedeutung erhält, wirft ihre Schatten voraus. Präsident Truman scheint entschlossen zu sein, den Kampf um seine Wiederwahl aufzunehmen. Als Auftakt dürfte die Botschaft zu bezeichnen sein, die Truman anlässlich der Jahrestagung an die amerikanische Handelskammer richtete und in der er an die Kaufleute und Industriellen appellierte, auf allen Gebieten und so oft, wie nur möglich, Preissenkungen durchzuführen. Diese Frage wird in dem kommenden Präsidentschaftswahlkampf eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Die Rede Trumans vor der Associated Press stellt praktisch seine erste Wahlrede dar. Die Zuhörerschaft war geschickt gewählt; denn alle Direktoren der amerikanischen Zeitungen waren anwesend, und damit bekamen die Worte des Staatschefs einen ungewöhnlichen Widerhall in allen Ecken des Landes. Statt sich damit zu begnügen, den Glanz des alljährlichen Frühstücks der Associated Press durch seine Anwesenheit zu erhöhen und eine klassische Wahlrede zu halten, hat Truman die Gelegenheit benutzt, um die Bilanz der Lage zu ziehen und festzustellen, bei wem die Verantwortung für die augenblickliche wirtschaftliche Mißstimmung zu suchen ist.

Truman rückt von der Mitte ab

Am Vorabend der Reise des Präsidenten nach New York hat der Radiokommentator Walter Winchell, den jede Woche 25 Millionen Amerikaner anhören, erklärt, die Politik des Präsidenten Truman stünde „links von der Mitte“. Diese Worte Winchells haben sich bestätigt. Harry Truman hat die „Politik der Mitte“ fallen lassen und damit das Kapitel des unbedingten Nachgebens der Republikanischen Partei gegenüber abgeschlossen. Unbestreitbar wird der Präsident im Jahre 1948 wieder Kandidat sein, und man kann bereits sehen, in welchem Sinne sich seine Wahlkampagne ausrichtet.

Die Republikanische Partei hat das Aufheben der Preiskontrolle gefordert, und dieses Stichwort war — besonders bei den Frauen — sehr populär gewesen. Man sah zunächst in den Vereinigten Staaten nur die bürokratischen Auswüchse der riesigen mit der Preiskontrolle beauftragten Organisation. Die Hausfrau glaubte den Reden der republikanischen Propheten, die behaupteten, daß der Wegfall der Preiskontrolle sie von diesen Nachteilen befreien würde, ohne daß deshalb dank dem Spiel von Angebot und Nachfrage eine Steigerung der Preise eintreten würde. Das Weiße Haus gab dieser Strömung nach, ohne sich den Gegnern der Preiskontrolle zu einer entscheidenden Schlacht zu stellen. Glücklicherweise machte der Staatschef in grundsätzlichen Erklärungen einige Vorbehalte zu dieser Politik und deutete an, er ziehe ein stufenweises Fallenlassen der Preiskontrolle vor, wenn die laufende Produktion erst einmal zur Befriedigung der Nachfrage ausreicht.

Wer verschuldete die Preissteigerung?

In seiner letzten Rede prangert Truman „eine Gruppe“ an, welche die Preiskontrolle sabotiert habe. Aus Höflichkeit wurde er vor den Zeitungsdirektoren nicht deutlicher, weil sie in ihrer Mehrheit diese Gruppe unterstützt hatten.

Aber im Zuge der Entwicklung seiner Wahlkampagne um die Präsidentschaft wird Truman nicht mehr diesen ungenauen Ausdruck verwenden, sondern klar und deutlich die Verantwortung für die Preis-

steigerung der Republikanischen Partei zuschieben.

In den einflussreichen Kreisen der Demokratischen Partei hört man sagen, die gleichen Frauen, die den Triumph der Republikaner bei den Parlamentswahlen sichergestellt hatten, könnten einen demokratischen Präsidenten wählen, der sich zum Vorkämpfer der Preissenkung machen würde.

Präsident Truman ist auch zu dem Schluß gekommen, daß er die Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nötig haben wird, um das schwierige Rennen um die Präsidentschaft zu gewinnen. Daraus erklärt sich die Stelle seiner Rede, in der er von der Mäßigung der Forderungen der Arbeitnehmer spricht, sowie seine Gegnerschaft gegen die im Kongreß zur Diskussion stehenden Arbeitsgesetze.

Ein ganzer Abschnitt seiner Rede war übrigens der Verteidigung der Regierungspolitik zur Stützung der Landwirtschaftspreise gewidmet. Die Gegner der Regierung, welche in Industriekreisen zahlreich sind, weisen darauf hin, daß man die Teuerung der Lebenshaltungskosten nicht einfach der Steigerung der Preise der Fertigwaren zuschreiben darf. Denn wie sie

sagen, sind die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugung unaufhörlich gestiegen, und die Regierung hält diesen Zustand durch die vom Kongreß bis Ende 1946 angenommenen Subventionen künstlich aufrecht. Die verantwortlichen Führer der Republikanischen Partei bedienen sich aber dieses Arguments nur ungern. Man versteht das leicht, wenn man bedenkt, daß die Republikanische Partei das Gros ihrer Stimmen in den landwirtschaftlichen Staaten zu finden hofft. Wenn Truman auch nicht damit rechnen kann, eine Bresche in diese traditionsmäßige Festung der Republikaner zu schlagen, so wird er doch zweifellos die Tatsache geltend machen, daß er ein Freund der Farmer ist.

Budget zur Sicherung der Landwirtschaft

Der unzufriedenen Hausfrau gegenüber, die zu hören bekommt, die Regierungspolitik begünstige eine Preissteigerung der Landwirtschaftsprodukte, sagt er folgendes: Die Bauern haben zu wiederholten Malen einen steilen Absturz der Preise über sich ergehen lassen müssen. Während des Krieges mußte man sie ermutigen, die Produktion zu erhöhen. Deshalb erlangte die Regierung vom Kongreß ein besonderes Budget, um den Landwirten ein gewisses Preisniveau zu sichern. Natürlich werden diese Subventionen nur zugestanden, wenn die Preise unter diesem Niveau liegen. Die Verwaltung wendet sie aber augenblicklich nicht an, denn die Weltmarktpreise des Weizens liegen weit oberhalb der festgesetzten Parität. Auf diese Weise gelingt es Präsident Truman, sich gleichzeitig in den Augen der Verbraucher zu rechtfertigen und die Sympathien der Bauern zu gewinnen.

Marshalls Rechenschaftsbericht

Nach Moskau: Rundfunkansprache an das amerikanische Volk

Washington. Am Montag äußerte sich der amerikanische Staatssekretär Marshall in einer Rundfunkansprache zu den Ergebnissen der Moskauer Konferenz. Im Verlauf seiner Ausführungen teilte er u. a. mit: „Marshall Stalin hat mir gegenüber erklärt, er sei der Auffassung, daß in allen wichtigen Fragen, über die im Verlaufe der Moskauer Konferenz beraten worden ist, ein Kompromiß durchaus im Bereich des Möglichen liegt.“

Der amerikanische Staatssekretär fuhr fort: „Marshall Stalin hat im einzelnen festgelegt, daß in den Fragen der Entmilitarisierung, der politischen Lage Deutschlands, der Reparationen und der deutschen Wirtschaftseinheit Kompromisse möglich seien. Der Generalsekretär hat hinzugefügt, daß Geduld jeder Pessimismus zu vermeiden sei.“

Im weiteren Verlauf seiner Rundfunkansprache versicherte Staatssekretär Marshall: „Ich hoffe aufrichtig, daß Marshall Stalin recht hat, und daß diese Meinungsäußerung die Voraussetzung bildet für eine weitgehende Verständigungsbereitschaft seitens der sowjetischen Delegation, die bei den folgenden Konferenzen zutage treten dürfte.“

„Wir dürfen jedoch nicht den Faktor Zeit außer Acht lassen. Nach meiner Ansicht darf man nicht untätig abwarten. Täglich tauchen neue Probleme auf. Ganz gleich wie die Maßnahmen sein mögen, die in Frage kommen, um dieser dringenden Probleme Herr zu wer-

den: Sie müssen auf jeden Fall unverzüglich getroffen werden.“

Weiter erklärte General Marshall, daß wahrscheinlich trotz aller Schwierigkeiten und Mißverständnisse in Moskau die größten Fortschritte auf dem Wege zu einem endgültigen Abkommen erzielt worden seien. Marshall bemerkte in diesem Zusammenhang: „Es handelt sich nicht darum, einen Kompromiß anzunehmen, wir müssen vielmehr auch aufrichtig versuchen, die Auffassung derjenigen zu begreifen, mit denen wir nicht in allen Punkten einig gehen.“

Staatssekretär Marshall kam dann auf das Problem der deutschen Wirtschaft zu sprechen. Er übte hierbei Kritik an der ablehnenden Haltung der Sowjets gegenüber dem Prinzip der deutschen Wirtschaftseinheit, sowie an deren Argumentierung gegen dieselbe, indem sie behaupten, die Verwirklichung der deutschen Wirtschaftseinheit käme einem Bruch des Potsdamer Abkommens gleich. Hierzu erklärte General Marshall: „Es ist schwierig, in den Angriffen etwas anderes zu sehen als einen Propagandatrick, mit dem bezweckt wird, die allgemeine Aufmerksamkeit von der sowjetischen Ablehnung der in Potsdam beschlossenen Wirtschaftseinheit abzulenken.“ Marshall fuhr fort: „Unsere immer wiederholte und ständig aufrichtig erhaltene Aufforderung, sich in einem Wirtschaftsabkommen uns, d. h. der britisch-amerikanischen Zonenfusionierung in Deutschland anzuschließen, wird nach wie vor aufrichtig erhalten.“ Als Hauptzweck einer solchen Abmachung bezeichnete der amerikanische Staatssekretär die Möglichkeit, einen freien Warenverkehr der überschüssigen Produkte von einer Zone in die andere durchzuführen. Weiter wies Marshall auf das dringende Problem der Kohlenversorgung Europas hin. Er erklärte, die Zeit, die für die Wiederingangsetzung der Kohlenbergwerke erforderlich sei, treffe Frankreich in dieser lebenswichtigen Frage so schwer, daß die Regelung derselben zu einem geradezu kritischen Problem für Frankreich geworden wäre. Zum Abschluß dieses Berichtes an die amerikanische Nation wies General Marshall in anerkennenden Worten auf die geschlossene Haltung des Kongresses hin, in dem beide Parteien einmütig die in Moskau befolgte amerikanische Politik unterstützt haben. Er schloß mit den Worten: „Die heutige Lage in der Welt und die Gegensätzlichkeit, die überall in Erscheinung tritt, machen es nach meiner Ansicht geradezu zu einer Pflicht für das amerikanische Volk, in geschlossener Einmütigkeit vorzugehen und zu handeln.“

„Bevölkerung kann dritten Winter nicht überstehen“

Frankfurt. Wenn die Vereinigten Staaten 150 Millionen Dollar revoltierenden Kredit zum Einkauf der sogenannten „Engpaß-Artikel“ zur Verfügung stellten, könnten die Lebensmittelimporte ab 1950 voll beglichen werden, erklärte der hessische Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Dr. Werner Hilpert, am Dienstag auf einer CDU-Versammlung in Frankfurt. Er habe diesen Vorschlag bereits amerikanischen Wirtschaftlern und Finanzsachverständigen unterbreitet. Man möge im Ausland, fuhr Dr. Hilpert fort, das deutsche Volk wie einen Schuldner behandeln, an dem man interessiert ist. Ohne Aufstellung und Befolgen eines Anlaufprogramms gebe es keine Möglichkeit, aus dem augenblicklichen Zustand herauszukommen. Man müsse sich darüber klar

sein, daß die Bevölkerung einen dritten Winter in dieser Form nicht überstehen könne.

Bevin von Attlee empfangen

London. Der britische Außenminister Ernest Bevin wurde am Dienstag nachmittag von Premierminister Clement Attlee zu einer Unterredung empfangen. Diese Besprechung mit Attlee, über deren Inhalt noch nichts bekannt gegeben wurde, war die erste Amtshandlung des britischen Außenministers nach seiner Rückkehr aus Moskau. Trotzdem noch keine Debatte über auswärtige Angelegenheiten im Unterhaus anberaumt worden ist, wird Bevin sobald wie möglich im Parlament über die Moskauer Konferenz Bericht erstatten.

Neue Gedanken in der Verfassung!

Als der Weltkrieg 1914 bis 1918 beendet war, standen Reich und Länder vor der Aufgabe, sich eine neue Staatsform und eine neue Verfassung zu schaffen. Am 21. März 1919 hat sich das badische Volk durch die am 5. Januar gewählte verfassunggebende Nationalversammlung seine Verfassung gegeben, in der bestimmt wurde, daß Baden eine demokratische Republik ist und als selbständiger Bundesstaat einen Bestandteil des Deutschen Reiches bildet. Am 13. April 1919 wurde die Verfassung durch Volksabstimmung angenommen.

Zum zweiten Male stehen wir innerhalb eines Zeitraumes von noch nicht ganz 30 Jahren vor der gleichen Situation, nur mit dem Unterschied, daß die Verhältnisse heute ungleich schwieriger sind. Wir haben nicht verstanden, uns das köstliche Gut einer Demokratie zu erhalten, sondern sind gletscherähnlichen Versprechungen gefolgt, die uns in das Verderben führten. Noch einmal müssen wir an die Aufgabe heran, uns eine neue Verfassung zu schaffen. Nicht eine vom Volk gewählte Nationalversammlung, sondern eine aus indirekter Wahl der Kreisräte und Gemeinderäte von Städten über 7000 Einwohnern hervorgegangene Beratende Landesversammlung hat das Verfassungswerk geschaffen, über dessen Annahme und Ablehnung das Volk im Zusammenhang mit den Landtagswahlen am 18. Mai entscheiden soll.

Im Gegensatz zu der Verfassung von 1919 stehen nicht die Bestimmungen über die Staatsgewalt und ihre Ausübung an der Spitze, sondern die Grundrechte des Menschen. Wir begrüßen, daß es dem Antrag der demokratischen Fraktion gelungen ist, die Fundamentalsätze jeder Demokratie an die Spitze der Verfassung zu setzen, denn auf sie baut sich das organische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Staates in erster Linie auf. Folgerichtig bekennt sich Baden zu einem demokratischen und sozialen Freistaat und als Glied der Gemeinschaft der deutschen Länder.

Vergleicht man die Verfassung von 1919 mit dem vorliegenden Verfassungsentwurf, so kann man manchen Gedankengang feststellen, der der Erkenntnis der hinter uns liegenden Zeit und den gemachten Erfahrungen zu verdanken ist. Das trifft insbesondere auf den Hauptabschnitt 4 zu, der dem Schutz der Verfassung gewidmet ist. Im Artikel 124 tritt am deutlichsten in Erscheinung, daß man aus den Lehren der Vergangenheit praktische Nutzen gezogen hat:

„Wer es unternimmt, die durch die Verfassung den Staatsbürgern gewährleisteten Grundrechte und Freiheiten zum Kampf gegen diese Grundrechte und Freiheiten zu mißbrauchen, stellt sich selbst außerhalb der Verfassung und vertritt damit das Recht, sich gegenüber Verhandlungen des Staates auf verfassungsmäßige Grundrechte und Freiheiten zu berufen.“

Artikel 125 bestimmt, daß die Verletzung der Verfassung nach dem Gesetz bestraft wird. Artikel 127 legt eindeutig fest, daß obrigkeitliche Anordnungen und Befehle eines Vorgesetzten nicht von der Verantwortung für Handlungen entbinden, die den Grundsätzen der Verfassung oder den Strafgesetzen klar erkennbar widerstreiten.

Diese Artikel der Verfassung charakterisieren den neuen Staatsgeist, der verlangt, daß die Verfassung heilig ist und das Verantwortungsgefühl des Einzelnen die Ausführung von Befehlen ablehnt, die gegen Sitte, Recht, Gesetz und Menschenrecht verstoßen. Das ist die Lehre, die man aus den Jahren seit 1933 gezogen hat.

Erstmalig wird in der Verfassung das Verhältnis der Parteien zum Staat und der Regierung festgelegt. Der Gedanke ist neu und deshalb fragt man sich, ob eine derartige Bestimmung notwendig ist. Prüft man aber den Inhalt der Artikel 118 bis 121, so kommt man doch bei objektiver Betrachtung zu der Erkenntnis, daß die Aufnahme dieser Bestimmungen bei richtiger Nutzenanwendung zweckmäßig ist.

Drei Kernprobleme wurden hier festgelegt, die sich auf die Erfahrungen der Vergangenheit stützen und eines, das richtung-

